

EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNG BEI ANMELDUNG VON FAHRZEUGEN AUF MINDERJÄHRIGE

gem. den Bestimmungen des § 37 KFG 1967

- 2 Monate vor Vollendung des 15. Lebensjahres für:**
Motorfahrräder, vierrädrige Leichtkraftfahrzeuge und Invalidenkraftfahrzeuge
- 6 Monate nach Vollendung des 15. Lebensjahres für:**
Fahrzeuge gem. Lenkerberechtigung Führerscheinklasse „B“: Kraftwagen mit nicht mehr als acht Plätzen außer dem Lenkerplatz und mit einer höchstzulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 3.500 kg (z. B. PKW, Kombi)
- Vollendung des 16. Lebensjahres für:**
Zugmaschinen, Motorkarren, selbstfahrende Arbeitsmaschinen, jeweils mit nicht mehr als 50 km/h, Transportkarren Einachszugmaschinen, Sonderkraftfahrzeuge, Fahrzeuge gem. Führerscheinklasse „A1“ (Motorräder bis 125 ccm / max. 11 kW)
- auf eine behinderte minderjährige Person**, aufgrund steuer- und gebührenrechtlicher Begünstigungen (Nachweis ist beizulegen – z. B. Kopie Behindertenpass)

Hat der Zulassungswerber obiges Mindestalter für die jeweilige Fahrzeugart noch nicht erreicht, ist eine pflegschaftsgerichtliche Genehmigung erforderlich. (ausgenommen Behinderte gem. Punkt 4)

Für die Zulassung von allen anderen als oben angeführten Fahrzeugen auf Minderjährige muss auf jeden Fall eine pflegschaftsgerichtliche Genehmigung vorgelegt werden.

Ich, Vorname, Nachname: _____

geboren am: _____

wohnhaft in: _____

bin als gesetzliche(r) Vertreter(in) damit einverstanden, dass das Fahrzeug:

Fahrzeugart: _____

Marke und Type: _____

Fahrgestellnummer: _____

auf Vorname, Nachname: _____

geboren am: _____

wohnhaft in: _____

vor Vollendung des 18. Lebensjahres zum Verkehr zugelassen werden darf.

Ich übernehme die Pflichten des Zulassungsbesitzers gemäß § 103 Kraftfahrgesetz 1967 für das oben angeführten KFZ und sämtliche Rechte und Pflichten des Zulassungsbesitzers, welche in einem Rechts- oder Schadensfall eintreten würden.

Die privatrechtlichen und öffentlich rechtlichen Folgen der Inbetriebnahme eines Fahrzeuges ohne die erforderliche Lenkerberechtigung sind mir bewusst. Ich erkläre, die Aufsichtspflicht zu wahren.

Mit meiner Unterschrift – als gesetzliche(r) Vertreter(in) – bestätige ich die Richtigkeit der oben angeführten Angaben.

Ort und Datum

Unterschrift gesetzliche(r) Vertreter(in)